

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Adolf Kessel (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Lärmschutzwand Wiesoppenheim

Die **Kleine Anfrage 3551** vom 14. Juli 2015 hat folgenden Wortlaut:

Nach Fertigstellung der neuen Lärmschutzwand an der BAB 61 in Höhe von Wiesoppenheim haben Anwohner verschiedener Wohngebiete in Wiesoppenheim darauf hingewiesen, dass sich die Lärmsituation durch diese Baumaßnahme verschlechtert statt verbessert habe. Eine Verlängerung der Lärmschutzwand Richtung Norden, wie von einigen Lokalpolitikern während der Planungsphase gefordert, war seinerzeit vom LBM als für nicht notwendig erachtet worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde die Lärmschutzwand nicht in Richtung Norden verlängert?
2. Ist eine Verlängerung der Wand in Richtung Norden beabsichtigt?
3. Wurden mit dem Austausch der bisherigen Wand der Schallschutz erhöht?
4. Wenn ja, in welchem Ausmaß?
5. Wurden bereits entsprechende Messungen durchgeführt bzw. sind solche beabsichtigt?
6. Soll auf die Fahrbahn der BAB 61 ein Ausbau mit „Pflüsterasphalt“ erfolgen?
7. Wenn ja, bis wann soll der Ausbau erfolgen?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. August 2015 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Eine Wandverlängerung in Richtung Norden zulasten des Bauasträgers Bund ist nicht möglich, da an der zur A 61 nächstgelegenen Bebauung am nördlichen Ortsrand von Wiesoppenheim die Grenzwerte der Lärmsanierung (Lärmschutz an bestehenden Straßen) deutlich unterschritten werden. Außerdem bliebe eine verlängerte Schallschutzwand ohne Schutzwirkung für die rund 400 m von der Autobahn entfernte Wohnbebauung.

Zu den Fragen 3, 4 und 5:

Da die bestehende Lärmschutzwand bei Wiesoppenheim zustandsbedingt erneuert werden musste, wurde bei der Planung der neuen Wand die Lärmsituation im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung auf der Grundlage des aktuellen Verkehrsaufkommens überprüft. Nach den Vorgaben der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung (16. BImSchV) sind grundsätzlich Berechnungen vorgeschrieben, da Messungen lediglich die Situation im jeweiligen Einzelfall erfassen. Berechnungen stellen die Betroffenen aufgrund einer Vielzahl zu berücksichtigender Lärmparameter in der Regel deutlich günstiger als Messungen. Im Ergebnis wurde eine neue Wand errichtet, die mit Blick auf die zukünftige Verkehrsentwicklung zugunsten der lärm betroffenen Anwohner auf 3,50 m erhöht wurde. Die Wanderrhöhung bewirkt eine erhebliche Verbesserung für die lärm betroffenen Anwohner, da die Höhe der Wand entscheidenden Einfluss auf das Maß der Lärmreduzierung hat.

b. w.

Zu den Fragen 6 und 7:

Die Fahrbahn im Zuge der A 61 wurde in Höhe von Wiesoppenheim im letzten Jahr umfassend erneuert. Dabei wurde ein lärm-  
armer Belag (lärmoptimierter Gussasphalt) eingebaut, der eine Lärminderung von 2dB(A) bewirkt.

In Vertretung:  
Günter Kern  
Staatssekretär